

**PURER UNFUG?**

**Bartenstein im Abseits**

Minister Bartenstein hat die Forderung des steirischen KPÖ-Vorsitzenden nach einer amtlichen Preisregelung als „puren Unfug“ bezeichnet. Die amtliche Preisregelung ist aber kein Unfug, sondern dringend notwendig und war bis zum EU-Beitritt eine Selbstverständlichkeit in Österreich. Parteder: „Es ist Unfug, die Preisregelung als unbrauchbar und unmachbar abzutun, während die Inflationsrate auf 3,9% steigt.“

Bartenstein (ÖVP) ist Multimillionär und vertritt nur die Interessen der großen Konzerne. Bekannt wurde er, als er im Schuhgeschäft um einen Rabatt feilschte, weil er Minister ist. Man muss Leute wie Bartenstein abwählen, wenn man eine echte Abgeltung der Inflation für die Mehrheit der Bevölkerung erreichen will.

Neben einer amtlichen Preiskontrolle für Grundnahrungsmittel und Energie tritt die steirischen KPÖ für die Streichung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Medikamente und Energie ein. Stattdessen wäre es besser, wieder eine Luxussteuer einzuführen.



Wohnhaussanierung geht weiter: Hier in der Wachtelgasse

**Haus saniert**

In der Wachtelgasse freute sich unlängst eine Großfamilie über ihr neu saniertes Zuhause. Das Holzhaus wurde von der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft auf Vordermann gebracht und Anfang August von Wohnungsstadträtin Elke Kahr an die siebenköpfige Familie übergeben. Bei der Sanierung standen energiesparende Maßnahmen im Vordergrund, damit die Wohnkosten noch niedriger werden.



Bürgerbeteiligung bei den Reininghaus-Gründen gefragt

flickr

**Bürgerbeteiligung**

Ein riesiges Gebiet soll schon bald ganz anders aussehen: die Reininghausgründe zwischen der ehemaligen Brauerei und der Peter Roseggerstraße, zwischen Marienhütte und GKB-Trasse. Für die KPÖ Grund genug, ein Stadtteil-Entwicklungskonzept auszuarbeiten – mit breiter Bürgerbeteiligung. „Die wichtigsten Experten sind die Bürgerinnen und Bürger“, sagt KPÖ-Mandatar Herbert Wippel, „deshalb sollte man schon jetzt ein ständig besetztes Büro vor Ort einrichten, wo die Anrainer ihre Wünsche und Ideen einbringen können.“



Stadtbibliotheken: Ermäßigung gestrichen

**Keine Ermäßigung**

Gegen die Stimmen der KPÖ hat der Gemeinderat die Ermäßigungen in den Stadtbibliotheken gestrichen. Arbeitslose, Mindestpensionisten, Studierende, Präsenz- und Zivildienstler zahlen jetzt fünf Euro pro Jahr mehr. „Selbst diese kleine Summe ist für die Menschen mit einem kleinen Einkommen eine weitere Belastung im Alltag“, sagt KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch. Vor allem ist es ein Zeichen, wie wenig Gefühl die regierenden Politiker für die finanziellen Möglichkeiten der Menschen haben.

**Protest**  
gegen  
**TEUERUNG**

Diesmal  
**KPÖ**

www.kpoe-graz.at · Tel. 0316/712479